GESELLSCHAFTSVERTRAG

der

Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG

§ 1

Firma, Sitz, Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft führt die Firma „Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG“.
2. Sitz der Gesellschaft ist Oldenburg.
3. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das am 31. Dezember des Jahres endet, in dem die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen worden ist.
4. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt. Die Gesellschaft beginnt mit ihrer Eintragung in das Handelsregister. Vorher dürfen namens der Gesellschaft keine Geschäfte getätigt werden.

§ 2

Gegenstand

1. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufrechterhaltung und die Stellung als Inhaberin der BSH-Genehmigung und Inhaberin der Kapazitätszuweisung für Phase II und der Überlassung der insoweit vermittelten Rechte an ihre Gesellschafter sowie der Erwerb, der Betrieb, die Instandhaltung und die Nutzungsüberlassung der Gemeinsamen Infrastruktur an die Gesellschafter für den Anschluss von Gesellschafter-WEA.

Im Einzelnen:

- (i) der Erwerb, die Aufrechterhaltung und die Stellung als Inhaberin (1) der Genehmigung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie vom 13. Juni 2008 zur Errichtung und zum Betrieb von 80 Windenergieanlagen einschließlich Nebenanlagen im Bereich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Nordsee (in ihrer jeweils gültigen Fassung) (die „**BSH-Genehmigung**“) sowie (2) der die BSH-Genehmigung betreffenden Rechte und Rechtspositionen nach näherer Maßgabe des zwischen den Gesellschaftern am [Datum] abgeschlossenen Konsortialvertrages in der jeweils geltenden Fassung („**Konsortialvertrag**“) (unabhängig ob durch Verträge oder sonst - z. B. Gutachten, Zertifizierungen - vermittelt) (die „**Genehmigungsrechte**“) sowie die Überlassung der durch die BSH-Genehmigung und Genehmigungsrechte vermittelten Rechte an bzw. zur Ausübung an ihre Gesellschafter;

- (ii) der Erwerb, die Aufrechterhaltung und die Stellung als Inhaberin einer durch Beschluss vom 21. Januar 2015 (BK6-14-129) zugewiesenen Anschlusskapazität auf Anbindungsleitungen für Windenergieanlagen auf See in Höhe von 200 MW (die „**Kapazitätszuweisung**“) sowie die Überlassung der durch die Kapazitätszuweisung vermittelten Rechte an bzw. zur Ausübung an TWB II;
 - (iii) der Erwerb, der Betrieb, die Instandhaltung und die Nutzungsüberlassung der gemeinsam genutzten Infrastruktur für die von den Gesellschaftern im Bereich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Nordsee ca. 45 km nördlich der Insel Borkum auf einer Fläche von 56 km² betriebenen (WEA Phase I) bzw. zu Errichtung und Betrieb geplanten (WEA Phase II) Gesellschafter-WEA mit einer Gesamtnennleistung von rund 400 MW (der „**Windpark Borkum**“ oder „**Windpark**“), insbesondere einer Offshore Umspannwerkstation mit einer Einspeisekapazität von 400 MW (die „**Gemeinsame Infrastruktur**“);
 - (iv) soweit und solange der Netzbetreiber nicht bereit ist, mit den einzelnen Gesellschaftern direkt abzurechnen: die Abrechnung der von den Gesellschafter-WEA erzielten Stromverbräuche sowie bei Bedarf des jeweiligen über die Gemeinsame Infrastruktur einspeisenden Gesellschafters die Abrechnung der Stromerlöse und sonstiger Zahlungen im Rahmen des Einspeiseverhältnisses gegenüber dem Netzbetreiber und deren Verteilung auf die jeweils einspeisenden Gesellschafter; sowie
 - (v) die Unterstützung der weiteren Projektentwicklung des Windparks Borkum (zweite Ausbauphase zur Errichtung und dem Betrieb weiterer Gesellschafter-WEA mit einer Gesamtnennleistung von rund 200 MW - die „**Phase II**“), soweit möglich und zumutbar und auf Kosten und Risiko der TWB II.
2. Die Gesellschaft ist zur Vornahme aller Maßnahmen und Geschäfte (einschließlich des Abschlusses von Finanzierungs- und Sicherheitenverträgen) berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

§ 3

Gesellschafter, Kapitalanteile, Einlagen, Haftsummen

1. Alleinige persönlich haftende Gesellschafterin („**Komplementärin**“) ist die Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH mit Sitz in Oldenburg. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der Gesellschaft beteiligt.
2. Kommanditisten sind mit folgenden Kapitalanteilen:

Name	Anschrift	HR-Nr.	Kapitalanteil
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG („ TWB “)	Krefelder Str. 203 52070 Aachen	AG Aachen, HRA 7190	EUR 500.000,-
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG („ TWB II “)	[•]	AG [•], HRA [•]	EUR 500.000,-

Die vorstehenden Kommanditisten der Gesellschaft werden nachfolgend gemeinsam als „**Kommanditisten**“ bezeichnet; die Kommanditisten und die Komplementärin werden nachfolgend gemeinsam als „**Gesellschafter**“ bezeichnet.

Als Kommanditisten sind nur solche natürlichen oder juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. deren Rechtsnachfolger zugelassen, die (vorbehaltlich von etwaig gewährtem Sicherungseigentum) Eigentümer von an die Gemeinsame Infrastruktur angeschlossenen bzw. noch anzuschließenden Windenergieanlagen der Phase I und der Phase II („**Gesellschafter-WEA**“) sind oder werden.

3. Von den Kapitalanteilen gemäß Abs. 2 entfällt auf die Hafteinlage der Kommanditisten jeweils ein Betrag in Höhe von EUR 100.000,- (Kapital I = „**Festkapitalanteil**“). Die Haftsummen sind in das Handelsregister einzutragen. Sie können nur durch Änderung des Gesellschaftsvertrages geändert werden.
4. Die Kommanditisten erbringen ihre Kapitalanteile durch Geldeinlagen. Das Kapital ist innerhalb von zwei (2) Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch die Komplementärin gleichrangig und in gleicher Höhe von den Kommanditisten an die Gesellschaft zu leisten, soweit es nicht bereits geleistet worden ist. Die Kapitalanteile sind fest vereinbart.
5. Die Kommanditisten gewähren der Gesellschaft Gesellschafterdarlehen sowie ggf. Eigenkapital in Form der Zuzahlung ins Kapital II jeweils im Verhältnis ihrer Festkapitalanteile.

§ 4 Kapitalkonten

1. Für jeden Kommanditisten werden ein Kapitalkonto I, ein Kapitalkonto II, ein Verrechnungskonto und ein Verlustvortragskonto geführt. Außerdem führt die Gesellschaft für alle Kommanditisten gemeinsam ein Rücklagenkonto.
2. Auf dem Kapitalkonto I wird der Festkapitalanteil des Kommanditisten gebucht. Das Konto ist unverzinslich. Der Festkapitalanteil ist maßgeblich für die Beteiligung des Gesellschafters am Ergebnis, am Vermögen und einem etwaigen Auseinandersetzungsguthaben der Gesellschaft sowie für sein Stimmrecht.

3. Auf dem Kapitalkonto II werden zusätzliche Einlagen des Kommanditisten, die nicht Festkapital sind (Kapital II), gebucht. Das Konto ist unverzinslich. Guthaben hierauf stellen keine Verbindlichkeiten der Gesellschaft dar und können nur zusammen mit der Beteiligung übertragen werden.
4. Auf dem Verrechnungskonto werden die entnahmefähigen Gewinnanteile, die Entnahmen, die als Aufwand zu buchenden Gesellschaftervergütungen sowie der sonstige Zahlungsverkehr zwischen der Gesellschaft und dem Kommanditisten gebucht. Das Konto ist unverzinslich.
5. Auf dem Verlustvortragkonto werden die einen Kommanditisten betreffenden Verlustanteile gebucht. Die Gesellschafter sind nicht verpflichtet, zum Ausgleich dieses Kontos Einzahlungen zu leisten. Das Konto ist unverzinslich und geht bei Übertragung der Beteiligung auf den Rechtsnachfolger über. Künftige Gewinnanteile sind zunächst zur Auffüllung des Verlustvortragkontos zu verwenden.
6. Dem gemeinsamen Rücklagenkonto werden u.a. die nicht entnahmefähigen Teile des Gewinns gutgeschrieben. An dem Konto sind die Kommanditisten stets im Verhältnis ihrer Festkapitalanteile beteiligt. Das Konto ist unverzinslich. Die Gesellschafter können beschließen, dass ein Guthaben auf dem Rücklagenkonto ganz oder teilweise aufgelöst und auf die Verrechnungskonten der Kommanditisten im Verhältnis ihrer Festkapitalanteile umgebucht wird, soweit es nicht zum Ausgleich von Verlustvorträgen benötigt wird.
7. Für die Komplementärin wird lediglich ein Verrechnungskonto geführt, auf dem die als Aufwand zu buchenden Gesellschaftervergütungen gebucht werden.

§ 5

Geschäftsführung, Vertretung

1. Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist allein die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Sie führt die Geschäfte nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung, des Konsortialvertrages und des von der Gesellschafterversammlung jeweils zu beschließenden jährlichen Wirtschaftsplanes sowie den Beschlüsse und Weisungen der Gesellschafterversammlung.
2. Zur Vertretung der Gesellschaft ist allein die Komplementärin berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin ist stets einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Die Geschäftsführer der Komplementärin sind für Rechtsgeschäfte zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 Alt. 2 BGB befreit. Sind mehrere Geschäftsführer zur Geschäftsführung der Komplementärin bestellt, so wird die Komplementärin durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich vertreten. Sollte auf Ebene der Komplementärin ein Prokurist bestellt werden, wird die Komplementärin alternativ auch durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Im Innenverhältnis gilt für diesen Fall eine Beschränkung dahingehend, dass der von TWB II gestellte Prokurist nur gemeinsam mit dem von TWB benannten Geschäftsführer und der von TWB gestellte Prokurist

nur gemeinsam mit dem von TWB II benannten Geschäftsführer zur Vertretung befugt ist.

3. Die Komplementärin hat bei der Ausübung ihrer Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnisse die im Verkehr erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Bei der Gestaltung vertraglicher Beziehungen zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft hat die Komplementärin darauf zu achten, dass Lieferungen und Leistungen zu marktüblichen Konditionen erbracht werden.
4. Die Geschäftsführungsbefugnis der Komplementärin erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und/oder die im Rahmen des Unternehmensgegenstandes und/oder der Entwicklung des Windparks gemäß den den Gesellschaftern bekannten Planungen erforderlich sind. Alle darüber hinausgehenden Handlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafter.
5. Die Gesellschafter haben gemäß **Anlage § 5 Abs. 5** eine erste Geschäftsordnung beschlossen, die u.a. bestimmte Geschäfte ausdrücklich der vorherigen Zustimmung der Gesellschafter unterwirft.

§ 6

Vergütung der Komplementärin

1. Die Komplementärin wird ausschließlich für die Gesellschaft tätig. Ihr werden von dieser sämtliche marktangemessenen Ausgaben und Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet (zzgl. etwaig anfallender Umsatzsteuer), sobald sie entstehen. Dies gilt auch dann, wenn die Gesellschaft keinen Gewinn machen sollte. Der Aufwendungsersatzanspruch besteht nicht gegenüber den Gesellschaftern.
2. Die Komplementärin erhält ferner (unabhängig vom Jahresergebnis der Gesellschaft) eine feste jährliche Vergütung in Höhe von EUR 1.250,- (5 % ihres derzeitigen Stammkapitals), die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Soweit das Haftungsrisiko der Komplementärin wesentlich ansteigt bzw. eine Erhöhung ihres Stammkapitals notwendig ist, ist die Vergütung entsprechend anzupassen.

§ 7

Wahrnehmung der Gesellschafterrechte in der Komplementärin durch die Kommanditisten

1. Soweit die Gesellschaft Inhaberin aller Geschäftsanteile an der Komplementärin ist, sind zur Wahrnehmung der Rechte aus oder an diesen Geschäftsanteilen an Stelle der Komplementärin die Kommanditisten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geschäftsführungs- und vertretungsbefugt, dies gilt insbesondere auch für die Ausübung der Stimmrechte in der Komplementärin. Die Kommanditisten sind insofern von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Die Komplementärin verpflichtet sich, insoweit von ihrer Vertretungsbefugnis keinen Gebrauch zu machen. Die Kommanditisten üben die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis in der Weise aus, dass über die betreffenden Maßnahmen in einer Gesellschafterversammlung der Gesellschaft Beschluss gefasst wird. Soweit sich aus Gesetz, diesem Gesell-

schaftsvertrag oder dem Gesellschaftsvertrag der Komplementärin nichts anderes ergibt, gelten §§ 8 und 9 für die Beschlussfassung durch die Kommanditisten entsprechend.

2. Die Gesellschafter TWB und TWB II haben jeweils das gesellschaftsvertragliche Sonderrecht, je einen Geschäftsführer der Komplementärin zu bestimmen. Dieses Sonderrecht steht der TWB und der TWB II jeweils persönlich zu und erlischt, wenn eine dieser Gesellschaften als Gesellschafter ausscheidet. Die so benannten Geschäftsführer sind sodann von dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft, als Vertreter der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung der Komplementärin, zu bestellen. Die von den vorgenannten Gesellschaftern ernannten Geschäftsführer können nur durch den Gesellschafter abberufen werden, von dem sie ernannt wurden. Hiervon ausgenommen ist die Abberufung aus wichtigem Grund; diese erfolgt durch die Gesellschafterversammlung.
3. Zum Zwecke der Ausführung der Geschäftsführungsbeschlüsse der Kommanditisten, die die Wahrnehmung der Rechte der Gesellschaft aus oder an den Geschäftsanteilen der Komplementärin zum Gegenstand haben, ist jeweils der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung wird hiermit entsprechende Vollmacht zur Vertretung der Gesellschaft erteilt.

§ 8

Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung kann als oberstes Organ der Gesellschaft in allen Angelegenheiten der Gesellschaft Entscheidungen treffen.
2. Die Komplementärin beruft die Gesellschafterversammlung ein, wenn Beschlüsse zu fassen sind oder die Einberufung aus einem sonstigen Grund im Interesse der Gesellschaft liegt. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Die Einberufung erfolgt durch Brief, Telefax oder E-Mail unter Mitteilung der Tagesordnung. Zwischen dem Tag der Aufgabe dieses Briefes zur Post bzw. der Versendung per Telefax bzw. E-Mail und dem Tag der Versammlung müssen mindestens zwei (2) Wochen liegen, wobei die Gesellschafter durch Brief, Telefax oder E-Mail auf die Ladung überhaupt und auf besondere Ladungsformen oder auf die Einhaltung der Ladungsfrist verzichten können.

Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen und zudem die Sitzung mündlich, fernmündlich oder durch sonstige Kommunikationsmittel einberufen werden.

Jeder Gesellschafter kann selbst eine Gesellschafterversammlung einberufen, wenn die Komplementärin durch ihre Geschäftsführer auf den die Angaben des Zwecks und des Grundes enthaltenden Antrag eines Gesellschafters hin die Einberufung ablehnt oder binnen fünf (5) Tagen nach Eingang des Antrages die Gesellschafterversammlung nicht einberufen hat.

3. Die Gesellschafterversammlung soll am Sitz der Gesellschaft, am Sitz eines Gesellschafters oder an einem anderen, von der Geschäftsführung festgelegten Ort stattfinden, sofern die Gesellschafter nichts anderes beschließen. Den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung

stellt der Kommanditist mit dem im Nennbetrag größten Gesellschaftsanteil. Sind die Kommanditisten zu gleichen Teilen an der Gesellschaft beteiligt, wechseln sich die Vertreter der Kommanditisten als Vorsitzende der Gesellschafterversammlung im kalenderjährlichen Wechsel ab, beginnend mit dem Vorsitz der TWB für das Gründungsjahr und das erste volle Kalenderjahr. Die Vertreter der Kommanditisten vertreten sich im Falle ihrer Verhinderung gegenseitig.

4. Die Sitzung der Gesellschafterversammlung wird gleichzeitig mit der Gesellschafterversammlung der Komplementärin abgehalten.
5. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß geladen und in der Gesellschafterversammlung sämtliche auf alle Festkapitalanteile entfallenden Stimmen vertreten sind. Ist die Gesellschafterversammlung trotz ordnungsgemäßer Ladung beschlussunfähig, hat die Komplementärin erneut eine Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Einberufung dieser weiteren Gesellschafterversammlung kann auch durch den einberufenden Gesellschafter gem. § 8 Abs. 2 letzter Satz erfolgen. Diese (weitere) Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die vertretenen Stimmen für die Gegenstände der Tagesordnung der vorangegangenen, beschlussunfähigen Gesellschafterversammlung, beschlussfähig. In der Ladung zu einer solchen Gesellschafterversammlung ist auf die Regelung dieses Absatzes hinzuweisen.
6. Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen seiner Mitarbeiter oder einen anderen Mitgesellschafter bzw. dessen Mitarbeiter beraten oder vertreten lassen. Die Vollmacht muss schriftlich erteilt sein und verbleibt bei der Gesellschaft.
7. Über den Verlauf der Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, in welcher Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlung und die Beschlüsse der Gesellschafter (einschließlich der Stimmabgaben) anzugeben sind. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist eine Niederschrift anzufertigen, die den Tag und die Form der Beschlussfassung, den Inhalt des Beschlusses und die Stimmabgaben anzugeben hat. Jedem Gesellschafter ist eine Abschrift der Niederschrift binnen zwei (2) Wochen zu übersenden. Die Fehlerhaftigkeit der Niederschrift ist innerhalb von vier (4) Wochen nach Zugang der Niederschrift schriftlich, zu Händen des Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung, geltend zu machen (Protokollrüge). Hilft der Vorsitzende der Protokollrüge nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach deren Zugang durch Übersendung einer geänderten Niederschrift ab, kann der rügende Gesellschafter innerhalb von weiteren drei (3) Wochen Klage erheben. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn innerhalb der vorgenannten Fristen keine Protokollrüge eingereicht bzw. Klage erhoben wird.
8. Die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses kann nur binnen einer Ausschlussfrist von einem (1) Monat nach Empfang einer Niederschrift durch Klage geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Frist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt.

§ 9

Gesellschafterbeschlüsse

1. Gesellschafterbeschlüsse werden in oder außerhalb von Gesellschafterversammlungen oder – falls alle Gesellschafter sich hiermit einverstanden erklären oder sich an der Abstimmung beteiligen – auf schriftlichem Wege im Umlauf, auch per Telefax oder per E-Mail, per Telefonkonferenz oder Videokonferenz gefasst. Die Beschlussfassung kann unter den Voraussetzungen von Satz 1 auch durch jegliche Kombination verschiedener Arten der Beschlussfassung inner- und außerhalb von Gesellschafterversammlungen erfolgen. Im Falle von Beschlussfassungen per E-Mail ist eine elektronische Signatur nicht erforderlich
2. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach deren jeweiligem Festkapitalanteil; je EUR 1,- eines Festkapitalanteils gewährt eine Stimme. Mehrere Stimmen eines Gesellschafters sind einheitlich auszuüben. Die Komplementärin verfügt mangels Kapitalbeteiligung über kein Stimmrecht.
3. Über alle mit der Geschäftsführung zusammenhängenden Angelegenheiten und sonstige der Beschlussfassung unterliegenden Gegenstände entscheidet die Gesellschafterversammlung ausnahmslos einstimmig. Können sich die Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung nicht auf einen Gesellschafterbeschluss einigen, werden die Gesellschafter zur Auflösung einer solchen Patt-Situation die Entscheidung nach näherer Maßgabe des § 21 Abs. 2 der Vorstands- bzw. Geschäftsführungsebene der Gesellschafter der Kommanditisten vorlegen. Wird auch auf dieser Vorstands-/Geschäftsführungsebene nach Ablauf von einem (1) weiteren Monat keine Einigung erzielt, kann jeder Gesellschafter die Entscheidung eines Schiedsgerichts (§ 21 Abs. 2) zu dem Gesellschafterbeschluss beantragen, durch die die fehlende Zustimmung eines Gesellschafters ersetzt und der Gesellschafterbeschluss wirksam wird.
4. Ein Gesellschafter ist von seinem Stimmrecht ausgeschlossen, wenn Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag dies bestimmen oder wenn der Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft nach den hierfür geltenden gesetzlichen Regelungen von seinem Stimmrecht ausgeschlossen wäre.
5. Der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung unterliegen (neben den sich aus dem Gesetz und diesem Vertrag ergebenden) folgende Gegenstände:
 - a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung;
 - b) Entnahmen aus dem Kapitalkonto II;
 - c) Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung;
 - d) Zustimmung zu Verfügungen über einen Gesellschaftsanteil;
 - e) Auflösung der Gesellschaft;
 - f) Ausschluss eines Gesellschafters (§ 16);

- g) Zustimmung zum Jahresinvestitions-, Finanz- oder Wirtschaftsplan der Gesellschaft gemäß § 11;
- h) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Absatz 1 des Aktiengesetzes;
- i) Entlastung der Komplementärin für die Geschäftsführung;
- j) Erstellung und wesentliche Änderungen des Betriebsführungs- und Wartungskonzepts;
- k) Zustimmung zu Geschäften der Gesellschaft (soweit nicht vorstehend bereits erfasst), die gemäß der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen.

§ 10

Jahresabschluss, Lagebericht und Ergebnisverwendung

1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht in der Weise aufzustellen, dass sämtliche kommunalrechtlichen Anforderungen, insbes. unter Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG), erfüllt werden. Der Jahresabschluss hat die nach § 108 Abs. 1 Nr. 9 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und nach anderen jeweils anwendbaren kommunalrechtlichen Vorschriften in vergleichbarer Weise geforderten Angaben zu enthalten.
2. Den jeweils zuständigen Rechnungsprüfungsämtern der Kommunalgesellschafter stehen die Befugnisse und Rechte gemäß §§ 53, 54 und 44 HGrG sowie § 103 GO NRW bzw. der jeweils anwendbaren kommunalrechtlichen Vorschriften zu. Zum Zwecke der Wahrnehmung dieser Befugnisse und Rechte haben die Rechnungsprüfungsämter ein unmittelbares Unterrichtsrecht, ein Betretungsrecht der Geschäfts- und Betriebsräume der Gesellschaft sowie das Recht auf Einsichtnahme in die Bücher und sonstigen Unterlagen der Gesellschaft. Sind mehrere kommunale Gesellschafter an der Gesellschaft beteiligt, stimmen sich die Rechnungsprüfungsämter der beteiligten Kommunen hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung untereinander ab.
3. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht innerhalb der ersten drei Monate nach Abschluss eines Geschäftsjahres aufzustellen und dem gewählten Abschlussprüfer vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung wählt einen Abschlussprüfer nach § 319 Abs. 1 Satz 1 HGB. Die Prüfung selbst erfolgt nach den in Abs. 1 genannten Erfordernissen der Aufstellung des Jahresabschlusses. Auf Verlangen eines Kommanditisten wird die Gesellschaft alle erforderlichen Informationen, die dieser zur Erstellung seines IFRS-Konzernabschlusses benötigt, zur Verfügung stellen.
4. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Auf-

stellung und den Prüfungsbericht unverzüglich nach dessen Eingang der Gesellschafterversammlung vorzulegen. Darüber hinaus ist der zuständigen Aufsichtsbehörde, soweit erforderlich, eine Ausfertigung zu übersenden. Die Gesellschafter haben das Recht, selbst oder durch zur Berufs- und/oder Amtsverschwiegenheit verpflichtete Beauftragte Einsicht in den Betrieb und in die Bücher der Gesellschaft zu nehmen.

§ 11

Wirtschaftsplan, Berichtspflichten

1. Die Geschäftsführung stellt für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan auf. Der Wirtschaftsplan ist so rechtzeitig aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des neuen Geschäftsjahres darüber beschließen kann.

Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Finanzplan (Kapitalflussrechnung), dem Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung), dem Vermögensplan (Bilanz) und dem Investitionsplan (Anlagevermögen). Er ist so aufzustellen, dass sämtlichen kommunalrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen wird; insbesondere ist der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Ein Muster des Wirtschaftsplans ist in **Anlage § 11 Abs. 1** beigefügt.

2. Zeichnet sich eine erhebliche Verschlechterung der Erfolgslage gegenüber dem Wirtschaftsplan, das Überschreiten des Budgets insgesamt oder einzelner Positionen oder die Aufzehrung des Finanzmittelreservekontos i.S.d. Nutzungsverträge ab, ist die Geschäftsführung verpflichtet, die Gesellschafter hierüber unverzüglich zu unterrichten. Das gleiche gilt, wenn sich abzeichnet, dass eine erhebliche Abweichung vom Betriebsführungs- und Wartungskonzept eintreten oder erforderlich werden könnte. Unabhängig davon berichtet die Geschäftsführung regelmäßig über den Stand der Planerfüllung. Sofern ein Kommanditist für Zwecke seines Berichtswesens dies verlangt, wird die Gesellschaft IST-Daten und Hochrechnungen auf das Geschäftsjahresende vorlegen. Die Kommanditisten erhalten in diesem Zusammenhang – sofern aus Sicht eines Kommanditisten erforderlich – eine quartalsweise Berichterstattung gemäß IFRS.
3. Nach Ende des Geschäftsjahres berichtet die Geschäftsführung den Gesellschaftern über die Einhaltung des Wirtschaftsplanes im abgelaufenen Jahr.

§ 12

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss fest und beschließt über die Verwendung des Ergebnisses. Ein Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der Gesellschaft ist vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen in Abs. 2 nach dem Verhältnis der Festkapitalanteile auf die Gesellschafter zu verteilen und auf den Verrechnungskonten bzw. Verlustvorkonten zu verbuchen.
2. Gewerbesteuerliche Mehr- oder Minderbelastungen der Gesellschaft, die durch gesellschaftsbezogene Umstände eintreten, werden wie folgt ausgeglichen:

- (a) Vorbehaltlich der Regelungen in nachfolgendem Abs. 2 lit. g) werden gewerbesteuerliche Mehr- oder Minderbelastungen der Gesellschaft, die von einzelnen Gesellschaftern verursacht werden, im Rahmen der Gewinn- und Verlustverteilung nur diesen zugerechnet. Der Betrag der Mehr- oder Minderbelastung verringert oder erhöht den Gewinnanteil bzw. erhöht oder vermindert den Verlustanteil des Gesellschafters, der die entsprechende Belastung oder Entlastung verursacht hat. Dies gilt insbesondere für Ergebnisse aus Sonder- und Ergänzungsbilanzen, Sondervergütungen, einen verminderten Abzug von Zinsaufwendungen unter den Regelungen der Zinsschranke aufgrund von Zinsaufwendungen des Sonderbetriebsvermögens des Gesellschafters bzw. unter den Regelungen des § 4 Abs. 4a EStG aufgrund von Überentnahmen, einen Verbrauch von gewerbesteuerlichen Verlustvorträgen oder des laufenden Verlustes über die dem Gesellschafter nach § 10a Gewerbesteuergesetz als Mitunternehmer zuzuordnenden Anteile des Gewerbesteuerverlustvortrages oder laufenden Verlustes hinaus sowie die durch einen Veräußerungsgewinn hervorgerufene Gewerbesteuer.
- (b) Eine Zuordnung von Mehr- und Minderbelastungen erfolgt erst in dem Geschäftsjahr und nur in dem Umfang, in dem auf Ebene der Gesellschaft hieraus tatsächlich steuerliche Zahlungsverpflichtungen bestehen. Bis zu diesem Zeitpunkt eintretende, von einzelnen Gesellschaftern ausgelöste Effekte für die Feststellung der gewerbesteuerlichen Bemessungsgrundlagen sind in der Buchhaltung der Gesellschaft gesondert für den jeweiligen Gesellschafter festzuhalten.
- (c) Die durch einen Untergang von gewerbesteuerlichen laufenden Verlusten oder Verlustvorträgen und/oder dem Untergang von Zins- und EBITDA-Vorträgen unter den Regelungen der Zinsschranke (§ 4h EStG) verursachten gewerbesteuerlichen Mehrbelastungen sind entsprechend den vorstehenden Regelungen den Gesellschaftern verursachungsgerecht zuzuordnen.
- (d) Sofern gewerbesteuerliche Mehr- oder Minderbelastungen durch mittelbar beteiligte Gesellschafter ausgelöst werden, sind die vorstehenden Regelungen entsprechend zu Gunsten und zu Lasten des Gewinn- oder Verlustanteils des den das mittelbare Beteiligungsverhältnis begründenden unmittelbar beteiligten Gesellschafters anzuwenden.
- (e) Soweit der Anteil des betreffenden Gesellschafters am auszuschüttenden Gewinn der Gesellschaft zum Ausgleich einer Gewerbesteuermehrbelastung nicht ausreicht oder dem Gesellschafter ein Verlustanteil zugerechnet wird, ist der Gesellschafter, der die Gewerbesteuermehrbelastung verursacht hat oder dem sie gemäß vorstehendem Abs. 2 lit. d) zuzurechnen ist, verpflichtet, eine entsprechende Bareinlage zum Ausgleich der nicht über seinen Anteil am auszuschüttenden Gewinn bzw. aufgrund seines Verlustanteils zurechenbaren Gewerbesteuermehrbelastung in die gesamthänderisch gebundene Rücklage der Gesellschaft einzulegen. Der Ausgleichsbetrag wird in diesem Fall zwei Wochen nach der mit Übersendung des Gewerbesteuermessbescheides und einer Berechnung des Einlagebetrages zu verbindenden Zahlungsaufforderung, spätestens jedoch fünf (5) Tage vor der Fälligkeit der Gewerbesteuerzahlung durch die Gesellschaft fällig und zahlbar. Die Komplementärin kann von dem betreffenden Gesellschafter angemessene Vorauszahlungen verlangen, wenn und soweit die Gewerbesteuermehrbelastung im Wege der Vorauszahlungen nach § 19 Gewerbesteuergesetz erhoben wird.

- (f) Werden steuerliche Mehrbelastungen, die nach Abs. 2 lit. b) noch nicht in einem Geschäftsjahr zugeordnet wurden oder die durch das Ausscheiden eines Gesellschafters aus der Gesellschaft oder durch Verfügungen eines unmittelbaren oder mittelbaren Gesellschafters über einen Gesellschaftsanteil erst zu einem Zeitpunkt zugerechnet werden, zu dem der unmittelbare Gesellschafter bereits ausgeschieden ist oder über seinen Gesellschaftsanteil verfügt hat, ist der ehemalige Gesellschafter (und im Falle der Übertragung eines Gesellschaftsanteils auch gesamtschuldnerisch der den Gesellschaftsanteil übernehmende Gesellschafter) verpflichtet, die durch das Ausscheiden oder die Verfügung verursachten gewerbsteuerliche Zahllasten der Gesellschaft auszugleichen. Die Komplementärin kann von dem betreffenden Gesellschafter angemessene Vorauszahlungen verlangen oder mit dem Abfindungsguthaben des Gesellschafters verrechnen. Gleiches gilt, soweit der Gesellschafter den Verbrauch des laufenden Gewerbeverlustes und/oder den Verbrauch oder Untergang von gewerbsteuerlichen Verlustvorträgen (§ 10a GewStG) und/oder den Untergang von Zins- und EBITDA-Vorträgen (§ 4h EStG) in einem Umfang verursacht hat, der über den jeweiligen Anteil des Gesellschafters am Verlust, Verlust-, EBITDA- bzw. Zinsvortrag unter Berücksichtigung des Abs. 2 lit. c) hinausgeht. Des Weiteren kann die Komplementärin die Zustimmung zur Verfügung über den Gesellschaftsanteil davon abhängig machen, dass der ausscheidende Gesellschafter den Barwert der steuerlichen Mehrbelastungen in die gesamthänderisch gebundene Rücklage der Gesellschaft einlegt.
- (g) Wenn und soweit gewerbsteuerliche Mehrbelastungen der Gesellschaft durch eine Sacheinlage oder verdeckte Einlage eines Gesellschafters in die Gesellschaft zu einem über dem steuerlichen Buchwert liegenden Wert verursacht werden, ist der einlegende Gesellschafter verpflichtet, eine entsprechende Bareinlage zum Ausgleich der Gewerbesteuermehrbelastung in die gesamthänderisch gebundene Rücklage der Gesellschaft einzulegen. Der Ausgleichsbetrag wird zwei (2) Wochen nach der mit Übersendung des Gewerbesteuermessbescheides und einer Berechnung des Einlagebetrages zu verbindenden Zahlungsaufforderung, spätestens jedoch fünf (5) Tage vor der Fälligkeit der Gewerbesteuerzahlung durch die Gesellschaft fällig und zahlbar. Die Komplementärin kann von dem betreffenden Gesellschafter angemessene Vorauszahlungen verlangen, wenn und soweit die Gewerbesteuermehrbelastung im Wege der Vorauszahlungen nach § 19 Gewerbesteuergesetz erhoben wird. Im Gegenzug ist der einlegende Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft wirtschaftlich so zu stellen, dass ihm die auf Gesellschaftsebene entstandene geringere Steuerbelastung aufgrund der höheren Bemessungsgrundlage für die Abschreibung des eingelegten Wirtschaftsgutes in voller Höhe gutgeschrieben wird.
- (h) Die Gesellschafter haben auf eigene Kosten alle erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Ermittlung der gewerbsteuerlicher Mehr- und Minderbelastungen im Sinne dieses Abs. 2 der Gesellschaft nach Aufforderung durch die Komplementärin zur Verfügung zu stellen.
3. Vorstehender Abs. 2 gilt entsprechend, soweit einem Gesellschafter nachweislich zahlungswirksame körperschaftsteuerliche Mehr- oder Minderbelastungen aus der steuerlichen Zuordnung nicht abzugsfähiger Zinsaufwendungen und dem Wegfall eines Zinsvortrages unter den Regelungen der Zinsschranke (§ 4h EStG) aufgrund der quotalen Zuordnung des Zinsvortra-

ges nach § 4h Abs. 5 Satz 2 EStG anstelle einer verursachungsgerechten Zuordnung entstehen, oder ein vergleichbarer Fall der quotalen – von einer verursachungsgerechten Zuordnung abweichenden – Zuordnung von Besteuerungsgrundlagen auf Gesellschafterebene vorliegt, die ein anderer Gesellschafter verursacht hat. Ein Ausgleich erfolgt ausschließlich im Rahmen der Gewinnverteilung auf Ebene der Gesellschaft. Eine Ausgleichszahlung unmittelbar zwischen den Gesellschaftern hat nicht zu erfolgen, sofern nicht im Einzelfall etwas anderes individualvertraglich vereinbart wird.

§ 13

Verfügungen über Gesellschaftsanteile

1. Die Veräußerung, Verpfändung, Nießbrauchsbestellung oder sonstige Belastung von (Teil-) Gesellschaftsanteilen oder eine sonstige Verfügung über dieselben ist nur mit Zustimmung der übrigen Gesellschafter zulässig. Dies gilt auch für die Einräumung von Unterbeteiligungen, Übertragungen im Rahmen von Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz und die Begründung von Rechtsverhältnissen, auf Grund derer ein Gesellschafter seinen Anteil ganz oder teilweise als Treuhänder eines anderen hält oder die Ausübung seiner Gesellschafterrechte an die Zustimmung eines anderen bindet. Mit Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrages gilt die Zustimmung zu Verpfändungen, Belastungen und/oder sonstigen Verfügungen zugunsten der den jeweiligen Gesellschafter finanzierenden Banken als erteilt.
2. Die Abtretung von Ansprüchen aus dem Gesellschaftsverhältnis ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Abtretungen oder sonstige Verfügungen eines Kommanditisten (in Höhe bzw. im Umfang seines Kapitalanteils) an die den jeweiligen Kommanditisten finanzierenden Banken, mit der Maßgabe, dass eine Sicherheitenbestellung zu Gunsten der Phase I-Banken und Phase II-Banken gemeinschaftlich abgestimmt und koordiniert wird und – soweit danach noch erforderlich – Sicherheitenbestellungen zu Gunsten der Phase I-Banken und Phase II-Banken nur jeweils gleichrangig und in gleicher Art und gleichem Umfang erfolgen sollen.
3. Zur Zustimmung zur Verpfändung eines Kommanditanteils (in Höhe des jeweiligen Kapitalanteils eines Kommanditisten) ist die Gesellschafterversammlung verpflichtet und nur berechtigt, wenn der Kommanditist nachweist, dass die Verpfändung zur Sicherung der Finanzierung des Erwerbs oder einer Neu-Errichtung einer oder mehrerer Gesellschafter-WEA und/oder der Gemeinsamen Infrastruktur erfolgt ist. Der Nachweis ist durch eine entsprechende Bestätigung derjenigen finanzierenden Bank, die die jeweilige Gesellschafter-WEA und/oder die Gemeinsame Infrastruktur finanziert, geführt.

§ 14

Mitgliedschaftliche Nutzung der Gemeinsamen Infrastruktur und Aufgaben der Gesellschaft

1. Jeder Kommanditist ist – nach Maßgabe der in **Anlage § 14 Abs. 1.1 (Nutzungsvertrag TWB)** und **Anlage § 14 Abs. 1.2 (Nutzungsvertrag TWB II)** enthaltenen Nutzungsver-

träge (die „**Nutzungsverträge**“) – berechtigt, die Gemeinsame Infrastruktur im Hinblick auf Gesellschafter-WEA zu nutzen, d.h. Gesellschafter-WEA an die Gemeinsame Infrastruktur anzuschließen und diese zur Durchleitung und Einspeisung von elektrischer Energie in das öffentliche Stromnetz in Höhe seines Kapazitätsanteils an der Gesamtkapazität der Gemeinsamen Infrastruktur zu nutzen.

2. Die Gesellschaft schließt hierzu mit den Kommanditisten die in **Anlagen § 14 Abs. 1.1 und § 14 Abs. 1.2** beigefügten Nutzungsverträge. Die Gesellschafter stimmen dem Abschluss der Nutzungsverträge bereits jetzt zu. Art und Umfang der Nutzung der Gemeinsamen Infrastruktur bestimmen sich ausschließlich nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrages sowie der Nutzungsverträge. Im Falle eines Widerspruchs gehen die Regelungen der Nutzungsverträge denen dieses Gesellschaftsvertrages vor.
3. Der Kapazitätsanteil jedes Kommanditisten an der Gemeinsamen Infrastruktur bestimmt sich nach der Höhe seines Festkapitalanteils (Kapital I).
4. Für den Fall der Übertragung von Gesellschaftsanteilen auf Dritte nach den Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages stimmt die Gesellschaft bereits jetzt der Übertragung der Rechte aus den Nutzungsverträgen (Vertragsübernahme) zu.
5. Die Gesellschaft übernimmt die ihr nach Maßgabe ihres Unternehmenszwecks gemäß § 2 und die ihr in den Nutzungsverträgen zugewiesenen Aufgaben. Die Aufgaben der Gesellschaft können auch Dritten und Gesellschaftern zur Ausübung übertragen werden.

§ 15 Kündigung

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von zwölf (12) Monaten zum Schluss eines Geschäftsjahres (ordentlich) kündigen, erstmals zum Ablauf des 31. Dezember 2033. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.
2. Die Kündigung der Gesellschaft ist schriftlich gegenüber der Komplementärin zu erklären, die jeden Gesellschafter unverzüglich zu unterrichten hat. Durch die Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst. Der kündigende Gesellschafter scheidet mit Ablauf des betreffenden Geschäftsjahres aus der Gesellschaft aus. Die Gesellschaft wird von den verbleibenden Gesellschaftern unter der bisherigen Firma fortgesetzt. Verbleibt nur noch ein Gesellschafter, so geht das Vermögen der Gesellschaft ohne Liquidation mit Aktiva und Passiva und dem Recht, die Firma fortzuführen, auf diesen über.
3. Kündigt die Komplementärin als einzige persönlich haftende Gesellschafterin das Gesellschaftsverhältnis, wird die Gesellschaft mit Ablauf der Kündigungsfrist aufgelöst und die Gesellschaft tritt in Liquidation, es sei denn, die übrigen Gesellschafter beschließen bis zum Ablauf der Kündigungsfrist unter gleichzeitiger Bestellung eines neuen persönlich haftenden Gesellschafters die Fortsetzung der Gesellschaft. Die kündigende Komplementärin scheidet in diesem Fall mit Ablauf der Kündigungsfrist aus der Gesellschaft aus.

§ 16 Ausschließung

1. Ein Gesellschafter kann von den übrigen Gesellschaftern mit der Mehrheit aller Stimmen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wenn in seiner Person ein wichtiger Grund im Sinne der §§ 140 und 133 HGB vorliegt. Der von der Ausschließung betroffene Gesellschafter hat kein Stimmrecht. Statt der Ausschließung kann die Verpflichtung des betroffenen Gesellschafters beschlossen werden, seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise auf eine im Beschluss zu benennende, zur Übernahme bereite Person zu übertragen.
2. Ein wichtiger Grund in der Person eines Gesellschafters ist u.a. gegeben:
 - a) bei Zwangsvollstreckung in dessen Gesellschaftsanteil und/oder die damit verbundenen Rechte, sofern der Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an die Gesellschaft nicht innerhalb von drei (3) Monaten nach Zustellung wieder aufgehoben wird;
 - b) bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen dieses Gesellschafters oder der Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen dieses Gesellschafters mangels Masse, wenn der Gesellschaftsanteil nicht innerhalb von drei (3) Monaten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder Ablehnung des Antrags mangels Masse auf einen Dritten übertragen wird, in dessen Person kein Ausschließungsgrund vorliegt;
 - c) wenn die Auflösung eines Gesellschafters beschlossen wird oder dessen Auflösung bzw. Liquidation aus sonstigen Gründen erfolgt;
 - d) wenn ein Gesellschafter eine wesentliche Pflicht aus diesem Gesellschaftsvertrag, dem Konsortialvertrag oder aus einer auf Grundlage dieser Verträge abgeschlossenen Vereinbarung verletzt und die Verletzungsfolgen nicht binnen zwei (2) Monaten beseitigt; oder
 - e) wenn er als Kommanditist nicht mehr die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 UAbs. 3 erfüllt, auf Grund derer er den Kapitalanteil an der Gesellschaft übernommen hat.
3. Der Beschluss über die Ausschließung muss spätestens innerhalb von drei (3) Monaten nach dem Zeitpunkt getroffen werden, in dem die Komplementärin von dem Ausschließungsgrund Kenntnis erlangt hat. Besteht der Kündigungsgrund in der Person der Komplementärin, ist der Zeitpunkt maßgebend, in dem sämtliche anderen Gesellschafter von dem Ausschließungsgrund Kenntnis erlangt haben. Der Beschluss über die Ausschließung wird mit der Mitteilung an den betroffenen Gesellschafter durch die Komplementärin wirksam; ist die Komplementärin ausgeschlossen, erfolgt die Mitteilung durch einen von den Kommanditisten bestellten Vertreter. Der Beschluss ist solange als wirksam zu behandeln, bis seine Unwirksamkeit rechtskräftig festgestellt ist.
4. Der Ausschluss eines Gesellschafters aus der Gesellschaft hat nicht deren Auflösung zur Folge; § 15 Abs. 2 S. 4 und 5 gelten entsprechend. Für den Abfindungsanspruch des ausgeschlossenen Gesellschafters gilt § 17 entsprechend. Scheidet die Komplementärin als alleini-

ge persönlich haftende Gesellschafterin aus, wird § 15 Abs. 3 entsprechend angewendet.

§ 17

Abfindung ausscheidender Gesellschafter

1. Der ausgeschiedene Gesellschafter erhält eine Abfindung, für deren Höhe und Bezahlung gilt:
 - a) Maßgebend ist der Verkehrswert des Gesellschaftsanteils. Scheidet der Gesellschafter mit Ablauf eines Geschäftsjahres aus, so ist für den Verkehrswert seines Gesellschaftsanteils der auf diesen Zeitpunkt nach den Bestimmungen dieses Vertrages zu errichtende Jahresabschluss maßgebend. Fällt der Tag des Ausscheidens nicht auf das Ende eines Geschäftsjahres, so ist der Jahresabschluss maßgebend, der auf das Ende des dem Tag des Ausscheidens unmittelbar vorhergehenden Geschäftsjahres nach den Bestimmungen dieses Vertrages zu erstellen ist. Der Verkehrswert ist nach dem Standard S1 des Institutes der Wirtschaftsprüfung in Deutschland e.V. (IDW S1) oder einer entsprechenden, im jeweiligen Zeitpunkt der betreffenden Verkehrswertermittlung vom Institut der Wirtschaftsprüfung in Deutschland e.V. empfohlenen Methode zur Bestimmung des Verkehrswertes zu ermitteln. Bei der Ermittlung ist vorrangig zu berücksichtigen (i) der Restwert (Substanzwert bei Betriebsaufgabe) der Gemeinsamen Infrastruktur nach Ablauf der Nutzungsdauer gemäß den Nutzungsverträgen bzw. (ii) in welchem Umfang der mit dem Gesellschaftsanteil verbundene Kapazitätsanteil an der Gemeinsamen Infrastruktur im Rahmen einer „Going-Concern“ - Betrachtung von der Gesellschaft (ggf. durch Überlassung einer anteiligen Nutzung an einen Dritten) bzw. dem verbliebenen Gesellschafter tatsächlich zukünftig genutzt werden kann. Hat die Gemeinsame Infrastruktur nach vorstehend (i) keinen Restwert bzw. ist keine Nutzung nach vorstehend (ii) möglich, kann der Verkehrswert des Gesellschaftsanteils auch „Null“ betragen. Für Rückbaurückstellungen haben die Gesellschafter eine separate Vereinbarung getroffen; diese sind bei der Verkehrswertermittlung daher grundsätzlich nicht zu berücksichtigen. Können sich die Gesellschafter nicht auf den Verkehrswert des Gesellschaftsanteils einigen, so ist dieser von einem von beiden Gesellschaftern gemeinsam zu beauftragenden Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter zu ermitteln. Die Feststellungen des Schiedsgutachters sind für alle beteiligten Gesellschafter bindend. Können sich die Gesellschafter nicht innerhalb eines Monats ab dem Verlangen eines Gesellschafters, die Ermittlung des Verkehrswertes durch einen Wirtschaftsprüfer durchführen zu lassen, auf die Person des Wirtschaftsprüfers einigen, erfolgt die Ermittlung des Verkehrswertes durch einen von der Wirtschaftsprüfungskammer, Berlin, zu bestimmenden Wirtschaftsprüfer. Die Gesellschafter tragen die Kosten des Schiedsgutachtens in entsprechender Anwendung von § 91 ZPO.
 - b) Für die Abfindung im Falle einer Ausschließung nach vorstehendem § 16 Abs. 2 lit. d) ist abweichend von vorstehendem lit. a) als Abfindung ein Betrag in Höhe von 75 % des Verkehrswertes des Gesellschaftsanteils zu zahlen.
 - c) Die Abfindung ist unter Berücksichtigung der Liquiditätssituation der Gesellschaft in fünf gleichen Jahresraten zu zahlen. Die erste Rate wird vierundzwanzig (24) Monate nach dem Tag des Ausscheidens fällig. Die Abfindung ist ab dem Tag des Ausscheidens mit 2 %-Punkte über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. Die angelaufenen Zinsen

sind mit jeder Rate zu bezahlen. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Abfindung ganz oder teilweise früher zu bezahlen.

2. Das Verrechnungskonto ist auf den Tag des Ausscheidens auszugleichen. Der ausscheidende Gesellschafter kann die Abfindung nach Abs. 1 und die Auszahlung eines Guthabens auf dem Verrechnungskonto nur verlangen, soweit sie nicht zur Auffüllung des Verlustvortragskontos des ausscheidenden Gesellschafters auf den Tag des Ausscheidens benötigt werden.
3. Am Gewinn oder Verlust, der sich aus den am Tag des Ausscheidens bestehenden Geschäften ergibt, nimmt der Ausgeschiedene nicht teil, soweit diese Ergebnisse nicht schon in dem für die Abfindung maßgebenden Jahresabschluss berücksichtigt sind; desgleichen nicht am Gewinn oder Verlust des laufenden Geschäftsjahres, wenn der Tag des Ausscheidens nicht mit einem Bilanzstichtag zusammenfällt.
4. Der ausgeschiedene Gesellschafter kann Sicherheitsleistung für Gesellschaftsverbindlichkeiten nicht verlangen und Befreiung von diesen Verbindlichkeiten erst und insoweit, als er von Gläubigern in Anspruch genommen wird.
5. Ändert sich der für die Abfindung maßgebende Jahresabschluss oder der Betrag auf dem Verrechnungskonto in Folge einer steuerlichen Außenprüfung der Gesellschaft oder durch anderweitig veranlasste Änderungen der Veranlagung, so ist die Abfindung entsprechend anzupassen.
6. Soweit durch das Ausscheiden eines Gesellschafters Schenkungsteuer aufgrund eines Übergangs seines Gesellschaftersanteils auf einen oder mehrere andere Gesellschafter zu einem unter dem für schenkungssteuerliche Zwecke maßgeblichen Wert ausgelöst und gegen den Ausscheidenden festgesetzt wird, übernimmt der den Gesellschaftersanteil übernehmende Gesellschafter oder bei Übernahme durch mehrere Gesellschafter diese im Verhältnis der von ihnen übernommenen Anteile die gegen den Ausscheidenden festgesetzte Schenkungsteuer. Der Ausscheidende ermächtigt schon jetzt unwiderruflich den oder, soweit mehrere Gesellschafter den Anteil übernehmen, die übernehmenden Gesellschafter gemeinschaftlich, in seinem Namen das entsprechende Erklärungs- und Veranlagungsverfahren für die Bewertung des Anteils und die Schenkungsteuer gegenüber der Finanzverwaltung auf eigene Kosten zu führen.

§ 18 **Vertraulichkeit**

1. Jeder Gesellschafter ist verpflichtet - auch nach seinem Ausscheiden -, über alle Angelegenheiten der Gesellschaft, insbesondere diesen Gesellschaftsvertrag, seinen Inhalt, die Jahresabschlüsse der Gesellschaft oder einzelne Angaben daraus, strengstes Stillschweigen zu bewahren und ohne vorherige schriftliche Zustimmung des anderen Gesellschafters keine diesbezüglichen Informationen an Dritte weiterzugeben.

2. Die Gesellschafter dürfen jedoch Informationen ohne Zustimmung gemäß Abs. 1 weitergeben an:
 - a) ihren Aufsichtsrat oder den Beirat ihrer Mutter- bzw. Konzernobergesellschaft;
 - b) ihre Gesellschafterversammlung oder die Gesellschafterversammlung ihrer Mutter- bzw. Konzernobergesellschaft oder die Verbandsversammlung ihrer Mutter, soweit die Anteile des Gesellschafters von einem Zweckverband gehalten werden; sofern in diesem Zusammenhang eine Weitergabe an ein zur Gemeindevertretung berufenes Kollegialorgan erfolgt, soll dieses die Informationen in nicht-öffentlicher Sitzung behandeln, soweit dies gesetzlich zulässig ist;
 - c) Mitarbeiter oder Mitarbeiter ihrer Mutter- bzw. Konzernobergesellschaft, soweit diese unmittelbar in die Verwaltung und/oder Betreuung der Beteiligung an der Gesellschaft einbezogen sind;
 - d) Berater, die zur Berufsverschwiegenheit verpflichtet sind;
 - e) Banken oder sonstige Kreditinstitute, die diese Informationen im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Bankgeschäftes mit dem Gesellschafter zur sachgerechten Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Gesellschafters benötigen; oder
 - f) wenn die Information rechtmäßig in die Öffentlichkeit gelangt, ohne dass dabei gegen die in diesem Gesellschaftsvertrag festgelegte Verpflichtung zur Vertraulichkeit verstoßen wurde.
3. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit besteht nicht, soweit gesetzlich zwingende Offenlegungspflichten oder solche nach einer anwendbaren Börsenordnung bestehen.

§ 19 Informationsrecht

1. Jeder Gesellschafter kann von der Gesellschaft über die Angelegenheiten der Gesellschaft jederzeit Auskunft verlangen und die Bücher und Schriften einsehen.
2. Zur Wahrnehmung des Informationsrechtes ist jeder Gesellschafter berechtigt, sich auf eigene Kosten qualifizierter sachverständiger Personen zu bedienen, die zur Berufsverschwiegenheit verpflichtet sind.
3. Das Einsichtsrecht erstreckt sich im Rahmen des rechtlich Zulässigen auch auf alle Unterlagen, die die Gesellschaft verwahrt.

§ 20 **Landesgleichstellungsgesetz**

Die Gesellschafter vereinbaren gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NRW) in der zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Gesellschaftsvertrags geltenden Fassung, dass für die Personalentwicklung und -förderung der Gesellschaft die Ziele des LGG NRW berücksichtigt werden.

§ 21 **Streitschlichtung / Schiedsverfahren**

1. Die Gesellschafter sichern sich die loyale und kooperative Erfüllung dieses Vertrages sowie aller im Rahmen des Projekts geschlossenen Verträge zu.
2. Alle Streitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, einschließlich Streitigkeiten über seine Gültigkeit, sollen zunächst durch das ernsthafte und nachhaltige Bemühen der Gesellschafter einer gütlichen Einigung zugeführt werden. Sollte innerhalb von einem (1) Monat nach Aufnahme der Verhandlungen keine Einigung erzielt werden, ist die Streitigkeit der Vorstands- bzw. Geschäftsführungsebene der Gesellschafter der Kommanditisten vorzulegen, wobei jeder Kommanditist von zwei Vorstands- bzw. Geschäftsführungsmitgliedern seiner bzw. seines Gesellschafter(s) repräsentiert wird. TWB II wird in diesem Fall von einem Vorstands-/Geschäftsführungsmitglied der EWE und einem von der Gruppe der Pool-Gesellschafter bestimmten Vorstands-/Geschäftsführungsmitglied repräsentiert. Entscheidungen auf dieser Ebene können dabei nur einstimmig getroffen werden, wobei die Stimmen der jeweiligen Gesellschaftervertreter nur einheitlich ausgeübt werden können. In Einzelfällen können die Gesellschafter der Kommanditisten vereinbaren, einen unabhängigen Sachverständigen mit der Begutachtung von Sachfragen zu beauftragen. Die Entscheidung verbleibt aber in jedem Fall im Kreis der Gesellschafter. Wird auch auf Vorstandsebene nach Ablauf von zwei (2) weiteren Monaten keine Einigung erzielt, wird die Streitigkeit unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges durch ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht nach der jeweils gültigen Schiedsordnung der deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) endgültig entschieden. Ort des schiedsgerichtlichen Verfahrens ist Frankfurt am Main.

§ 22 **Schlussbestimmungen**

1. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.
2. Änderungen, Ergänzungen, die Kündigung oder Aufhebung dieses Vertrages, einschließlich der Änderung dieser Bestimmung selbst, bedürfen der Schriftform, soweit nicht nach zwingendem Recht eine strengere Form (z. B. notarielle Beurkundung) erforderlich ist. Der Schriftform genügt eine Übermittlung per Telefax (nicht aber eine sonstige telekommunikative Über-

mittlung) oder ein Briefwechsel; die elektronische Form (z. B. E-Mail) ersetzt die Schriftform nicht.

3. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen verbleibenden Bestimmungen davon nicht berührt. Die nichtige, unwirksame oder undurchsetzbare Bestimmung ist als durch diejenige wirksame und durchsetzbare Bestimmung ersetzt anzusehen, die dem mit der nichtigen, unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck nach Gegenstand, Maß, Zeit, Ort oder Geltungsbereich am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken in diesem Vertrag. § 139 BGB findet keine Anwendung.

Anlagen

Anlage § 5 Abs. 5 Geschäftsordnung IWB

Anlage § 11 Abs. 1 Muster Wirtschaftsplan IWB

Anlage § 14 Abs. 1.1 Nutzungsvertrag TWB

Anlage § 14 Abs. 1.2 Nutzungsvertrag TWB II

[Ort], __.__.____

[Name]

(Geschäftsführer Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH als geschäftsführende Komplementärin der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG)

[Ort], __.__.____

[Name]

(Geschäftsführer Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH als geschäftsführende Komplementärin der Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG)

[Ort], __.__.____

[Name]

(Geschäftsführer Infrastruktur Windkraftwerk
Borkum Verwaltungs GmbH)